

Seite: 0
Ressort: Wirtschaft

Rubrik: Wirtschaft
Gattung: Agentur-Meldungen

Spätfolgen des Steinkohlebergbaus noch nicht absehbar

Zwickau (dapd-lsc). Für die Sanierung der einstigen Steinkohlebergbau-Standorte in Sachsen stehen bis 2014 fast 13 Millionen Euro von der EU zur Verfügung. Das sagte der Leiter des sächsischen Sanierungsbeirats Steinkohlebergbau-Folgen, Michael Schramm, am Mittwoch auf einer Bergbaukonferenz in Zwickau. Die Standortkonzepte für die Reviere Lugau-Oelsnitz, Zwickau und Freital lägen seit August vor. Das Geld für die Altlastenbeseitigung stammt aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.

Nach Erhebungen des sächsischen Wirtschaftsministeriums sind für alle derzeit bekannten Problemfälle knapp 100 Millionen Euro erforderlich. Laut Schramm sind die nunmehr zur Verfügung stehenden Gelder ein erster Erfolg. Bis 2014 würden damit Standortkonzepte in den drei ehemaligen Revieren finanziert und erste Objekte saniert.

Dazu gehörten der Karl-Marx-Schacht in Zwickau, der Albert-Funk-Schacht in Oelsnitz und die Paul-Berndt-Halde in

Freital. Wie Schramm betonte, sind die EU-Gelder ausdrücklich für eine gewerbliche Nachnutzung der Standorte bestimmt.

Zwtl.: Traditionspflege nicht vergessen
Die Umgestaltung des einst größten Kohle-Verschiebebahnhofs in Oelsnitz/Erzgebirge im Hinblick auf die Landesgartenschau 2015 ist damit beispielsweise nicht abgedeckt. Der Oelsnitzer Bürgermeister Hans-Ludwig Richter (parteilos) verwies darauf, dass alle Bergbaufolgen und damit auch die notwendige Finanzierung ohnehin nicht absehbar seien. "Wir müssen damit rechnen, dass die Natur langfristig Antworten auf die Eingriffe gibt", sagte Richter. Beispielsweise könnten Methan und andere Gase austreten.

Richter forderte, bei der Suche nach weiteren Förderprogrammen die Traditionspflege nicht zu vergessen. Die primären Zeitzeugen des Bergbaus, der eine neue Kulturlandschaft hervorgebracht habe, verschwänden langsam. "Wir haben außer Halden und Museen

fast nichts mehr", sagte er.

Abteilungsleiter Frank Pfeil vom sächsischen Innenministerium verwies darauf, dass Zwickau, Freital und Lugau-Oelsnitz in den vergangenen Jahren insgesamt etwa 200 Millionen Euro aus Mitteln der Städtebauförderung erhalten haben. Doch hätten die einstigen Kohlereviere mit erheblichen Spätfolgen wie Bodensenkungen und Wasseraustritt aus Halden zu kämpfen.

In der Vergangenheit standen die Kommunen mit den Spätfolgen weitgehend allein da. Zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung wurde keine Steinkohle mehr gefördert, deshalb wurde dieser Bereich nicht im Einigungsvertrag berücksichtigt. Im Gegensatz dazu ist die Sanierung von Wismut- und Braunkohle-Bergbau längst durch Bund und Freistaat geregelt.

dapd/T2012091901533/cga/K2570/zim/mwa

Uhrzeit: 16:29

Wörter: 334